



Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration

Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration
Postfach 76 01 06, D - 22051 Hamburg

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Mitte
Frau Carina Oestreich
Vorsitzende der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte
über Geschäftsstelle der Bezirksversammlung Hamburg-
Mitte
Caffamacherreihe 1-3
20355 Hamburg

nachrichtl.: Herrn Bezirksamtsleiter
Ralf Neubauer

Staatsrätin
Petra Lotzkat

Hamburger Straße 47
D - 22083 Hamburg

Telefon 040 – 4 28 63 – 2550/51
Telefax 040 – 427 3 11011

E-Mail: Petra.Lotzkat@soziales.hamburg.de

Hamburg, den 18.03.2024

Verlängerung der geplanten Laufzeit

am Karl-Arnold-Ring 11, im Bezirk Hamburg-Mitte, Stadtteil Wilhelmsburg

hier: Zweiter Nachtrag zum Schreiben vom 07. Februar 2023 zwecks Anhörung der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte gem. § 28 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG)

Sehr geehrte Frau Oestreich,

mit Schreiben vom 07. Februar 2023 informierten wir Sie im Rahmen des Verfahrens nach § 28 BezVG ausführlich über die Inbetriebnahme und Ertüchtigung des Standortes „Karl-Arnold-Ring 11“. Dabei führten wir aus, an dem Standort vorrangig Schutzsuchende aus der Ukraine unterzubringen. Des Weiteren teilten wir Ihnen mit Schreiben vom 12. Juli 2023 mit, dass auch Schutzsuchende aus anderen Herkunftsländern als die Ukraine Unterbringung finden werden.

Nach einer Abstimmung zwischen der zuständigen Fachbehörde und der Bezirksamtsleitung soll dieser sehr gut funktionierende Interimsstandort nun in seiner Laufzeit verlängert werden und – abweichend zu den bisherigen Planungen – vorläufig bis zum 28. Februar 2026 weiterbetrieben werden.

Ausgangslage / Herleitung der Notwendigkeit:

Der am 24. Februar 2022 begonnene russische Angriffskrieg auf die Ukraine sorgte für die größten Fluchtbewegungen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Auswirkungen machten und machen sich auch in Hamburg deutlich bemerkbar. Hinzu kommt, dass bereits zuvor, seit der

zweiten Jahreshälfte 2021, die Zugangszahlen Asyl- und/oder Schutzsuchender wieder deutlich und kontinuierlich angestiegen waren. Die mit beiden Entwicklungen einhergehenden Gesamtzugänge nach Hamburg waren höher als im Jahr 2015 und damit die höchsten seit Beginn der Datenerfassung 2006.

Im Jahr 2023 gingen die Zugangszahlen zwar zunächst zurück, stabilisierten sich aber anschließend auf einem hohen Niveau und sorgten für die dritthöchsten Zugänge nach 2015 und 2022. Insgesamt kamen im vergangenen Jahr 22.908 Asyl- und/oder Schutzsuchende nach Hamburg und wurden registriert. Darunter waren 9.387 Schutzsuchende aus der Ukraine, von denen 6.002 öffentlich-rechtlich untergebracht wurden. Aufgrund der unverminderten Kriegshandlungen werden die Zugänge sowie der Unterbringungsbedarf voraussichtlich auch in diesem Jahr auf einem hohen Niveau bleiben. Bei einer Verschlechterung der Lage in der Ukraine könnten die Zahlen auch weiter ansteigen. Von Januar 2024 bis Februar 2024 wurden 1.194 Schutzsuchende aus der Ukraine in Hamburg registriert, von denen 286 Personen in andere Bundesländer verteilt wurden. Von den verbliebenen 908 Personen wurden 886 Personen öffentlich-rechtlich untergebracht.

Ergänzend zu den Zugängen aus der Ukraine ergibt sich eine sehr herausfordernde Situation aus den stark gestiegenen Zugängen der Asyl- und/oder Schutzsuchenden. Die hohen Zugänge des Jahres 2022 wurden im Jahr 2023 nochmals deutlich übertroffen. Insgesamt wurden im Jahr 2023 13.521 Asyl- und/oder Schutzsuchende in Hamburg registriert, 9.812 Personen verblieben in Hamburg und 7.650 Personen hatten einen Unterbringungsbedarf. Dieser ansteigende Trend könnte sich auch in diesem Jahr fortsetzen. Von Januar 2024 bis Februar 2024 kamen bisher 1.831 Asyl- und/oder Schutzsuchende nach Hamburg. Von den 1.128 verbliebenen Personen wurden 649 Personen öffentlich-rechtlich untergebracht.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen hat die Sozialbehörde die Zugangsprognosen für Asyl- und/oder Schutzsuchende, Schutzsuchende aus der Ukraine eingeschlossen, aktualisiert und angepasst. Zusätzlich werden die globalen Lageentwicklungen (u. a. Kriege, sonstige Konflikte, Naturkatastrophen, Klimaflucht, Wirtschaftskrisen) sowie die Bewegungen auf den für Europa hauptsächlich relevanten vier Hauptmigrationsrouten permanent beobachtet und - soweit möglich - deren Auswirkungen auf Deutschland und Hamburg eingeschätzt. Aus den Ankunftsdaten an den europäischen Außengrenzen lässt sich jedoch maximal eine Tendenz für die Zugangssituation in Deutschland und Hamburg ableiten, Auswirkungen auf die konkreten Zugangszahlen sind nicht herleitbar. Umfassende Informationen zu Entwicklungen in Europa, Deutschland und Hamburg werden zudem im Monatlichen Lagebild Flüchtlinge veröffentlicht: <https://www.hamburg.de/sfa-lagebild/>.

Die Zugangsprognose (Stand 31. Dezember 2023) und Kapazitätsplanung (Stand 1. Februar 2024) sind abrufbar unter: <https://www.hamburg.de/sfa/15036464/kapazitaetsplanung/>.

Die für die Unterbringung zuständigen Behörden und F&W Fördern und Wohnen AöR (F&W) prüfen intensiv fortlaufend alle Möglichkeiten, Unterkünfte und Unterkunftsplätze neu zu errichten bzw. zu erhalten. Behörden, Bezirksämter und F&W sind dazu in engem Austausch. Immobilien werden sowohl von städtischer Seite, z. B. über die Bezirksämter oder den Landesbetrieb Immobilien und Grundvermögen (LIG), als auch von privaten Eigentümerinnen und Eigentümern angeboten, schnellstmöglich geprüft und Realisierungsoptionen ausgelotet. Darüber hinaus erfolgt seitens der zuständigen Behörden und F&W ergänzend eine eigene Akquise mit teils gezielten Ansprachen möglicher Immobilienpotenziale. Der Kapazitätsaufbau schließt hierbei sowohl die Schaffung kurzfristiger Not- und Interimskapazitäten, als auch die Neuentwicklung von Standorten im Regelsystem ein. Hierfür müssen grundsätzlich alle geeigneten Immobilien in Anspruch genommen werden. Aufgrund der Stadtstaatlichkeit Hamburgs sind die zur Verfügung stehenden Flächen und Möglichkeiten dabei jedoch zunehmend sehr begrenzt.

Wir bitten um Ihre uneingeschränkte Unterstützung dieser Laufzeitverlängerung, die bei der Bewältigung der aktuell herausfordernden Situation sehr hilft. Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Lotzkat
Staatsrätin